Studienreihe öffentliche Verwaltung

Roggenkamp/König

Eingriffsrecht für Polizeibeamte in Niedersachsen

3., aktualisierte Auflage

Kohlhammer Deutscher GemeindeVerlag

Studienreihe öffentliche Verwaltung

Roggenkamp/König

Eingriffsrecht für Polizeibeamte in Niedersachsen

3., aktualisierte Auflage

Kohlhammer Deutscher GemeindeVerlag

Eingriffsrecht für Polizeibeamte in Niedersachsen

von

Kai König

Erster Polizeihauptkommissar und Dozent an der
Polizeiakademie Niedersachsen

Prof. Dr. Jan Dirk Roggenkamp

Professor für Öffentliches Recht mit dem Schwerpunkt
Polizei und Ordnungsrecht an der HWR Berlin
vormals Professor an der Polizeiakademie Niedersachsen für
Grund- und Eingriffsrecht

3. aktualisierte Auflage

Deutscher Gemeindeverlag

3. Auflage 2021

Alle Rechte vorbehalten

© Deutscher Gemeindeverlag GmbH, Stuttgart

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:

ISBN 978-3-555-02180-5

E-Book-Formate:

pdf: ISBN 978-3-555-02181-2

ebub: ISBN 978-3-555-02182-9

mobi ISBN 978-3-555-02183-6

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Für den Inhalt abgedruckter oder verlinkter Websites ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die W. Kohlhammer GmbH hat keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernimmt hierfür keinerlei Haftung.

Das Lehr- und Lernbuch behandelt die Grundlagen des niedersächsischen Eingriffsrechts. Die Grundrechte, das Strafprozessrecht (Ermittlungsverfahren) sowie das niedersächsische Polizeirecht (NPOG) werden aus der Perspektive von Polizeibeamten erläutert. Hierbei wird stets auf die Besonderheiten der Falllösung im Rahmen des Studiums des Grund- und Eingriffsrechts an der Polizeiakademie Niedersachsen (1. Studienjahr) eingegangen.

Prof. Dr. Jan Roggenkamp ist Professor für Öffentliches Recht mit dem Schwerpunkt Polizei- und Ordnungsrecht an der HWR Berlin, er lehrte lange Zeit Grund- und Eingriffsrecht an der Polizeiakademie Niedersachsen; Kai König ist Erster Polizeihauptkommissar und Dozent an der Polizeiakademie Niedersachsen.

Vorwort

Nunmehr erscheint bereits die dritte Auflage dieses Lehr-/Lernbuches zum Grund- und Eingriffsrecht. Da die zweite Auflage bereits fast vergriffen ist, haben der Verlag und wir uns entschieden, nicht lediglich einen Nachdruck anzubieten, sondern eine punktuelle Aktualisierung vorzunehmen. Eingefügt wurden insbesondere die Ausführungen zum neu gefassten § 12 Abs. 6 NPOG. In diesem Zusammenhang wurde auch der Abschnitt über die Befragung (§ 12 Abs. 1-5 NPOG) überarbeitet und teilweise neu gefasst. Im Übrigen wurden einige Fehler, die sich ja immer wieder mal finden, korrigiert. Leider konnte die anstehende Anpassung des bereichsspezifischen Datenschutzrechts an die sog. JI-Richtlinie, die zum Redaktionsschluss (immer) noch in der Anfangsphase des Gesetzgebungsprozesses war, nicht eingearbeitet werden. Wir werden diese jedoch zu gegebener Zeit kommentieren und als Update zu dieser Auflage auf dem Blog des Verlages (<https://blog.kohlhammer.de/>) kostenfrei zur Verfügung stellen. Wir hoffen, dass Ihnen dieses Buch nützlich ist und wünschen Ihnen viel Erfolg beim Studium des Grund- und Eingriffsrechts!

Kai König und Jan Roggenkamp
Nienburg/Berlin, Mai 2019

Vorwort zur 1. Auflage

Wir freuen uns sehr, Ihnen mit diesem Werk ein Lehr- bzw. Lernbuch zum Grund- und Eingriffsrecht vorlegen zu können, das speziell auf die Bedürfnisse und

Vorlesungsinhalte des Bachelorstudiengangs an der Polizeiakademie Niedersachsen zugeschnitten ist. Bisher existiert kein Lehrbuch, welches sowohl die wesentlichen verfassungsrechtlichen, strafprozessualen und gefahrenabwehrrechtlichen Grundlagen aus „niedersächsischer Perspektive“ beleuchtet. Die vorhandenen Werke decken – soweit ersichtlich – nur Teilbereiche ab und sind zudem in der Regel eher auf die universitäre Ausbildung zugeschnitten. Diese Lücke wollen wir schließen. Der vorliegende Band „Grundrechte, Standardmaßnahmen und Zwang“ orientiert sich an den Inhalten des Moduls 3.2 auf dem Gebiet NPOG/StPO/GG. Bei der Abfassung haben wir uns von zwei Zielen leiten lassen. Zunächst möchten wir Ihnen eine Lernhilfe an die Hand geben, die Sie bei der Vorbereitung und erfolgreichen Ablegung der Klausurprüfung am Ende des ersten Studienjahres unterstützt. Darüber hinaus stellen die Inhalte dieses Buchs die Grundlage für Ihr weiteres Studium und natürlich für Ihr späteres berufliches Wirken als Polizei- oder Kriminalkommissarin oder -kommissar dar. Trotz seines Umfangs kann und soll dieses Buch vorhandene rechtswissenschaftliche Literatur nur ergänzen. Nutzen Sie die für das Selbststudium vorgesehene Zeit zur eigenständigen Vertiefung!

Kai König und Jan Roggenkamp
Nienburg/Berlin, Dezember 2017

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Abkürzungen

Literaturverzeichnis

Teil 1 Einführung

I. Allgemeines

1. Vorab: Zivilrecht und Öffentliches Recht
2. Eingriffsrecht

II. Studium des Grund- und Eingriffsrechts

1. Rechtswissenschaft und Studium
2. Die Klausur im ersten Studienjahr
 - a) Prüfungsschemata
 - b) Klausurbearbeitung
 - aa) Schritt 1: Lektüre der Aufgabenstellung
 - bb) Schritt 2: Sachverhaltslektüre
 - cc) Schritt 3: Lösungsskizze
 - dd) Schritt 4: Gutachten
 - c) Hinweis zum Lernen mit diesem Buch

Teil 2 Grundrechte

I. Grundrechte

1. Was sind Grundrechte?
2. Wie prüfe ich die Grundrechte?
 - a) Schutzbereich
 - aa) Personeller Schutzbereich
 - bb) Sachlicher Schutzbereich
 - b) Eingriff
 - c) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung
 - aa) Einfacher Gesetzesvorbehalt
 - bb) Qualifizierter Gesetzesvorbehalt
 - cc) Verfassungsunmittelbare Schranken
 - dd) Kollidierendes Verfassungsrecht
 - ee) Verhältnismäßigkeit der konkreten Maßnahme

- d) Konkurrenzen
- e) Checkliste

II. Einzelne Grundrechte

1. Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG)
 - a) Schutzbereich
 - aa) Personeller Schutzbereich
 - bb) Sachlicher Schutzbereich
 - b) Eingriff
 - c) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung
2. Allgemeine Handlungsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 GG)
 - a) Schutzbereich
 - aa) Personeller Schutzbereich
 - bb) Sachlicher Schutzbereich
 - b) Eingriff
 - c) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung
3. Leben (Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG)
 - a) Schutzbereich
 - aa) Personeller Schutzbereich
 - bb) Sachlicher Schutzbereich
 - b) Eingriff
 - c) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung
4. Körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 Satz 1 Alt. 2 GG)
 - a) Schutzbereich
 - aa) Personeller Schutzbereich
 - bb) Sachlicher Schutzbereich
 - b) Eingriff
 - c) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung
5. Freiheit der Person (Art. 2 Abs. 2 S. 2 GG, Art. 104 GG)
 - a) Schutzbereich
 - aa) Personeller Schutzbereich
 - bb) Sachlicher Schutzbereich
 - b) Eingriff
 - aa) Erheblichkeit

- bb) Freiheitsbeschränkung oder Freiheitsentziehung
- c) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung
- 6. Allgemeines Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 iVm. Art. 1 Abs. 1 GG)
 - a) Schutzbereich
 - aa) Personeller Schutzbereich
 - bb) Sachlicher Schutzbereich
 - cc) Ausprägung: Schutz der Privatsphäre
 - dd) Ausprägung: Informationelle Selbstbestimmung
 - b) Ausprägung: IT-Grundrecht
 - c) Eingriff
 - d) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung
- 7. Wohnung (Art. 13 Abs. 1 GG)
 - a) Schutzbereich
 - aa) Personeller Schutzbereich
 - bb) Sachlicher Schutzbereich
 - b) Eingriff
 - c) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung
- 8. Eigentum (Art. 14 Abs. 1 GG)
 - a) Schutzbereich
 - aa) Personeller Schutzbereich
 - bb) Sachlicher Schutzbereich
 - b) Eingriff
 - c) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung
- 9. Freizügigkeit (Art. 11 GG)
 - a) Schutzbereich und Eingriff
 - b) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung

Teil 3 Formelle Rechtmäßigkeit

I. Allgemeines

II. Zuständigkeit

- 1. Örtliche Zuständigkeit: Grundzüge
 - a) Ausgangslage
 - b) Grundsatz: Beschränkung auf den eigenen Bezirk

- c) Ausnahme: Tätigkeit in anderem Bezirk
- 2. Sachliche Zuständigkeit
 - a) Ausgangslage
 - b) Sachliche Zuständigkeit der Polizei
- 3. Sachliche Zuständigkeit: Verfolgung von Straftaten (§ 163 Abs. 1 StPO)
 - a) Rechtsquellen des Strafverfahrens
 - b) Strafverfahren und Polizei
 - aa) Anklagegrundsatz
 - bb) Offizial- und Legalitätsprinzip
 - cc) Weitere Prozessmaximen
 - dd) Ablauf des Strafverfahrens
 - ee) Aufgabe und Organisation der Staatsanwaltschaft
 - ff) Organisation der Gerichte
 - c) Anfangsverdacht einer Straftat
 - aa) Anwendungsbeispiel - Fall 1
 - bb) Anwendungsbeispiel - Fall 2
 - d) Sonderfall: Strafverfolgungsvorsorge
- 4. Sachliche Zuständigkeit: Ordnungswidrigkeitenverfolgung (§ 53 OWiG)
 - a) Ordnungswidrigkeiten
 - b) Opportunitätsprinzip
 - c) Verhältnis Ordnungswidrigkeit und Straftat
 - d) Transmissionsklausel (§ 46 Abs. 1 OWiG)
- 5. Sachliche Zuständigkeit: Prävention (§ 1 NPOG)
 - a) Gefahrenabwehraufgabe (§ 1 Abs. 1 S. 1 NPOG)
 - aa) Sachlage
 - bb) Drohender Schaden für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung
 - cc) Prognose
 - dd) Gefahrensteigerungen
 - ee) Anscheinsgefahr, Gefahrenverdacht, Putativgefahr, abstrakte Gefahr
 - b) Subsidiaritätsprüfung

- aa) Eilkompetenz (§ 1 Abs. 2 NPOG)
 - bb) Schutz privater Rechte (§ 1 Abs. 3 NPOG)
- c) Vorfeldmaßnahmen
 - aa) Vorsorge für die Gefahrenabwehr (§ 1 Abs. 1 S. 2 NPOG)
 - bb) Verhütung von Straftaten (§ 1 Abs. 1 S. 3 NPOG)
- d) Vollzugshilfe (§ 1 Abs. 4 NPOG)
- e) Exkurs: Spezialgesetzliche Aufgaben (§ 3 Abs. 1 S. 2 NPOG)
- 6. Sachliche Zuständigkeit: Dominanzentscheidung
 - a) Abgrenzung Dominanzentscheidung zur Gemengelage/Aufgabenkollision
 - b) Abgrenzung zur Zielrichtung der Maßnahme
 - c) Dominanzentscheidung bei doppelfunktionalen Maßnahmen
- 7. Funktionelle Zuständigkeit: Anordnungs- und Durchführungskompetenz
 - a) Richtervorbehalt und Gefahr im Verzug
 - aa) Grundsatz: Richtervorbehalt
 - bb) Ausnahme: Eilanordnungscompetenz bei Gefahr im Verzug
 - b) Polizeibegriff in StPO und NPOG
 - aa) StPO: Beamte des Polizeidienstes und Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft
 - bb) NPOG: Polizei

III. Form- und Verfahrensvorschriften

- 1. Strafverfahren
- 2. Gefahrenabwehr
 - a) Verwaltungs- und Realakte (§ 35 VwVfG)
 - b) Allgemeine Form- und Verfahrensvorschriften
 - aa) Wirksamkeit (§ 43 VwVfG)
 - bb) Nichtigkeit (§ 44 VwVfG)
 - cc) Bekanntgabe (§ 41 VwVfG)
 - dd) Bestimmtheit und Form, Rechtsbehelfsbelehrung (§ 37 VwVfG)

ee) Anhörung (§ 28 VwVfG)

c) Formulierungsvorschläge

Teil 4 Materielle Rechtmäßigkeit: Allgemein

I. Ermächtigung

1. Befugnisnorm
 - a) Tatbestand
 - b) Rechtsfolge
2. Ermächtigungsbegrenzende Bestimmungen

II. Adressat

1. Verhaltensverantwortlichkeit (§ 6 NPOG)
2. Unterfall: Zusatzverantwortlichkeit (§ 6 Abs. 2, 3 NPOG)
3. Zustandsverantwortlichkeit (§ 7 NPOG)
4. Nichtverantwortlicher (§ 8 NPOG)
5. Normadressat (§ 9 NPOG)

III. Ermessen

1. Allgemeines
 - a) Entschließungsermessen
 - b) Auswahlermessen in sachlicher Hinsicht
 - c) Auswahlermessen in personeller Hinsicht
2. Ermessen bei Strafverfolgungsmaßnahmen
3. Ermessensfehler
4. Klausurtaktik
5. Lösungshinweise zu den Ausgangsfällen

IV. Verhältnismäßigkeit der Maßnahme

1. Geeignetheit
2. Erforderlichkeit
3. Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne

Teil 5 Materielle Rechtmäßigkeit:

Standardmaßnahmen

I. Allgemeine Gefahrenabwehrmaßnahmen

1. Allgemeines
2. Betroffene Grundrechte
3. Befugnisgeneralklausel (§ 11 NPOG)
 - a) Wichtige Normen
 - b) Materielle Rechtmäßigkeit

- aa) Tatbestandsvoraussetzungen
- bb) Rechtsfolge
- cc) Ermächtigungsbegrenzende Bestimmungen
- c) Formelle Rechtmäßigkeit
 - aa) Funktionelle Zuständigkeit
 - bb) Besondere Form- und Verfahrensvorschriften
 - cc) Adressat

II. Allgemeine Ermittlungsmaßnahmen

1. Allgemeines
2. Betroffene Grundrechte
3. Ermittlungsgeneralklausel (§ 163 Abs. 1 S. 2 StPO)
 - a) Wichtige Normen
 - b) Materielle Rechtmäßigkeit
 - aa) Tatbestandsvoraussetzungen
 - bb) Rechtsfolge
 - cc) Exkurs: Auskunftersuchen gegenüber Behörden
 - dd) Ermächtigungsbegrenzende Bestimmungen
 - c) Formelle Rechtmäßigkeit
 - aa) Anordnungs- und Durchführungskompetenz
 - bb) Besondere Form- und Verfahrensvorschriften
 - cc) Adressat/Betroffener

III. Repressive Identitätsfeststellung (§ 163b StPO)

1. Identitätsfeststellung im Strafverfahren
2. Betroffene Grundrechte
 - a) Allgemeines Persönlichkeitsrecht
 - b) Freiheit der Person
3. Identitätsfeststellung beim Verdächtigen (§ 163b Abs. 1 StPO)

- a) Wichtige Normen
 - b) Allgemeines
 - c) Materielle Rechtmäßigkeit
 - aa) Tatbestandsvoraussetzungen
 - bb) Rechtsfolge
 - cc) Ermächtigungsbegrenzende Bestimmungen
 - d) Formelle Rechtmäßigkeit
 - aa) Anordnungs- und Durchführungscompetenz
 - bb) Besondere Form- und Verfahrensvorschriften
 - cc) Adressat/Betroffener
 - e) Klausurtaktik
4. Identitätsfeststellung beim Unverdächtigen (§ 163b Abs. 2 StPO)

- a) Wichtige Normen
- b) Allgemeines
- c) Materielle Rechtmäßigkeit
 - aa) Tatbestandsvoraussetzungen
 - bb) Rechtsfolge
 - cc) Ermächtigungsbegrenzende Bestimmungen
- d) Formelle Rechtmäßigkeit
 - aa) Funktionelle Zuständigkeit
 - bb) Besondere Form- und Verfahrensvorschriften
 - cc) Adressat/Betroffener
- e) Klausurtaktik

IV. Präventive Identitätsfeststellung (§ 13 NPOG)

1. Identitätsfeststellung zu präventiven Zwecken
2. Betroffene Grundrechte
3. Präventive Identitätsfeststellung (§ 13 Abs. 1 Nr. 1-3 NPOG)
 - a) Wichtige Normen
 - b) Allgemeines

- c) Materielle Rechtmäßigkeit
 - aa) Tatbestände
 - bb) Rechtsfolge
 - cc) Ermächtigungsbegrenzende Bestimmungen
- d) Formelle Rechtmäßigkeit
 - aa) Sachliche Zuständigkeit
 - bb) Funktionelle Zuständigkeit
 - cc) Form- und Verfahrensvorschriften
 - dd) Adressat
- e) Klausurtaktik

V. Prüfung von Berechtigungsscheinen (§ 13 Abs. 3 NPOG)

VI. Befragung (§ 12 Abs. 1-5 NPOG)

1. Allgemeines
2. Betroffene Grundrechte
3. Inkurs: Auskunftspflichten
 - a) Auskunftspflicht zur Person (§ 12 Abs. 2 NPOG)
 - b) Auskunftspflicht verantwortlicher/nichtverantwortlicher Personen (§ 12 Abs. 3 NPOG)
 - aa) Allgemeines
 - bb) Voraussetzungen
4. Befragung (§ 12 Abs. 1 NPOG (ggf. iVm. §§ 31, 30 NPOG))
 - a) Wichtige Normen
 - b) Allgemeines
 - c) Materielle Rechtmäßigkeit
 - aa) Tatbestandsvoraussetzungen Befragung (§ 12 Abs. 1 NPOG)
 - bb) Weitere Voraussetzungen bei Befragung nach personenbezogenen Daten, § 31 NPOG
 - cc) Weitere Voraussetzungen bei einer Befragung nach personenbezogenen Daten Dritter, § 30 Abs. 1 S. 2 NPOG

- dd) Rechtsfolgen
- ee) Ermächtigungsbegrenzende Bestimmungen
- d) Formelle Rechtmäßigkeit
 - aa) Funktionelle Zuständigkeit
 - bb) Besondere Form- und Verfahrensvorschriften
 - cc) Adressat

VII. Kontrollen im öffentlichen Verkehrsraum (§ 12 Abs. 6 NPOG)

1. Allgemeines
2. Betroffene Grundrechte
3. Kontrollen im öffentlichen Verkehrsraum
 - a) Wichtige Normen
 - b) Materielle Rechtmäßigkeit
 - aa) Tatbestandsvoraussetzungen
 - bb) Rechtsfolge
 - cc) Ermächtigungsbegrenzende Bestimmungen
 - dd) Adressat/Betroffener
 - ee) Verhältnismäßigkeit
 - c) Formelle Rechtmäßigkeit
 - aa) Sachliche Zuständigkeit
 - bb) Besondere Form- und Verfahrensvorschriften

VIII. Gefährderansprache und -anschreiben (§ 12a NPOG)

1. Allgemeines
2. Betroffene Grundrechte
3. Gefährderansprache und Gefährderanschreiben (§ 12a NPOG)
 - a) Wichtige Normen
 - b) Materielle Rechtmäßigkeit
 - aa) Tatbestandsvoraussetzungen
 - bb) Rechtsfolge
 - cc) Ort der Gefährderansprache

- dd) Funktionelle Zuständigkeit
- ee) Besondere Form- und
Verfahrensvorschriften

IX. Repressive Durchsuehung (§§ 102, 103 StPO)

1. Durchsuehung im Strafverfahren
 - a) Bedeutung und Differenzierung
 - b) Definitionen und Abgrenzung
2. Betroffene Grundrechte
3. Durchsuehung bei Verdächtigen (§ 102 StPO)
 - a) Wichtige Normen
 - b) Allgemeines
 - c) Materielle Rechtmäßigkeit
 - aa) Tatbestandsvoraussetzungen
 - bb) Rechtsfolge
 - cc) Ermächtigungsbegrenzende Bestimmungen: Nachtzeitregelung
 - dd) Verhältnismäßigkeit (Besonderheiten)
 - d) Formelle Rechtmäßigkeit
 - aa) Funktionelle Zuständigkeit
 - bb) Form- und Verfahrensvorschriften
 - e) Klausurtaktik
4. Durchsuehung bei Anderen (§ 103 Abs. 1 StPO)
 - a) Wichtige Normen
 - b) Allgemeines
 - c) Materielle Rechtmäßigkeit
 - aa) Tatbestandsvoraussetzungen
 - bb) Rechtsfolge
 - cc) Ermächtigungsbegrenzende Bestimmungen
 - d) Formelle Rechtmäßigkeit
 - aa) Funktionelle Zuständigkeit
 - bb) Form- und Verfahrensvorschriften
 - e) Klausurtaktik

X. Präventive Durchsuehung (§§ 22-25 NPOG)

1. Durchsuehung zur Prävention
 - a) Bedeutung und Differenzierung

- b) Definitionen und Begriffsbestimmungen
- 2. Betroffene Grundrechte
- 3. Durchsuchung von Personen (§ 22 Abs. 1-3 NPOG)
 - a) Wichtige Normen
 - b) Allgemeines
 - c) Materielle Rechtmäßigkeit
 - aa) Tatbestandsvoraussetzungen
 - bb) Rechtsfolge
 - cc) Adressat
 - d) Formelle Rechtmäßigkeit
 - aa) Funktionelle Zuständigkeit
 - bb) Form- und Verfahren
- 4. Durchsuchung von Sachen (§ 23 Abs. 1 NPOG)
 - a) Wichtige Normen
 - b) Allgemeines
 - c) Materielle Rechtmäßigkeit
 - aa) Tatbestandsvoraussetzungen
 - bb) Rechtsfolge
 - cc) Adressat/Betroffener
 - d) Formelle Rechtmäßigkeit
 - aa) Funktionelle Zuständigkeit
 - bb) Form- und Verfahren
- 5. Betreten und Durchsuchen von Wohnungen (§ 24 Abs. 2, 3 NPOG)
 - a) Wichtige Normen
 - b) Allgemeines
 - c) Materielle Rechtmäßigkeit
 - aa) Tatbestandsvoraussetzungen
 - bb) Rechtsfolge
 - cc) Ermächtigungsbegrenzende Bestimmungen
 - dd) Adressat
 - d) Formelle Rechtmäßigkeit
 - aa) Funktionelle Zuständigkeit
 - bb) Form- und Verfahren

6. Betreten von Wohnungen (§ 24 Abs. 5 NPOG)
 - a) Wichtige Normen
 - b) Allgemeines
 - c) Betroffene Grundrechte
 - d) Materielle Rechtmäßigkeit
 - aa) Tatbestandsvoraussetzungen
 - bb) Rechtsfolge
 - cc) Adressat
 - e) Formelle Rechtmäßigkeit
 - aa) Verwaltungshandeln
 - bb) Besondere Form- und
Verfahrensvorschriften

XI. Platzverweis, qualifizierter Platzverweis, Aufenthaltsverbot und Wohnungswegweisung (§§ 17, 17a NPOG)

1. Allgemeines
2. Betroffene Grundrechte
 - a) Freiheit der Person
 - b) Recht auf Freizügigkeit (Art. 11 GG)
 - c) Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG)
 - d) Recht auf Eigentum (Art. 14 GG)
3. Platzverweisung (§ 17 Abs. 1, Abs. 2 NPOG)
 - a) Wichtige Normen
 - b) Allgemeines
 - c) Materielle Rechtmäßigkeit
 - aa) Tatbestandsvoraussetzungen
 - bb) Rechtsfolge
 - cc) Funktionelle Zuständigkeit
 - dd) Besondere Form- und
Verfahrensvorschriften
 - ee) Adressat/Betroffener
 - ff) Sanktionsnormen
 - d) Klausurtaktik
4. Aufenthaltsverbot (§ 17 Abs. 3 NPOG)
 - a) Wichtige Normen
 - b) Allgemeines

- c) Materielle Rechtmäßigkeit
 - aa) Tatbestandsvoraussetzungen
 - bb) Rechtsfolge
 - cc) Funktionelle Zuständigkeit
 - dd) Besondere Form- und
Verfahrensvorschriften
 - ee) Adressat/Betroffener
 - ff) Sanktionsnormen
- d) Klausurtaktik

5. Wohnungswegweisung und Aufenthaltsverbot
bei häuslicher Gewalt (§ 17a NPOG)

- a) Wichtige Normen
- b) Allgemeines
- c) Materielle Rechtmäßigkeit
 - aa) Tatbestandsvoraussetzungen
 - bb) Rechtsfolge
 - cc) Funktionelle Zuständigkeit
 - dd) Besondere Form- und
Verfahrensvorschriften
 - ee) Adressat/Betroffener
 - ee) Folgen eines Verstoßes
- d) Klausurtaktik

XII. Meldeauflage (§ 16a NPOG)

- 1. Allgemeines
- 2. Betroffene Grundrechte
- 3. Meldeauflage (§ 16a NPOG)
 - a) Wichtige Normen
 - b) Materielle Rechtmäßigkeit
 - aa) Tatbestandsvoraussetzungen
 - bb) Rechtsfolge
 - cc) Funktionelle Zuständigkeit
 - cc) Besondere Form- und
Verfahrensvorschriften
 - dd) Adressat/Betroffener

XIII. Ingewahrsamnahme (§ 18 NPOG)

- 1. Allgemeines

2. Betroffene Grundrechte
 - a) Freiheit der Person
3. Ingewahrsamnahme (§ 18 NPOG)
 - a) Wichtige Normen
 - b) Schutzgewahrsam (§ 18 Abs. 1 Nr. 1 NPOG)
 - aa) Tatbestandsvoraussetzungen
 - bb) Rechtsfolge
 - cc) Funktionelle Zuständigkeit
 - dd) Besondere Form- und Verfahrensvorschriften
 - ee) Adressat/Betroffener
 - c) Verhinderungsgewahrsam (§ 18 Abs. 1 Nr. 2 NPOG)
 - aa) Tatbestandsvoraussetzungen
 - bb) Rechtsfolge
 - cc) Funktionelle Zuständigkeit
 - dd) Besondere Form- und Verfahrensvorschriften
 - ee) Adressat/Betroffener
 - d) Durchsetzungsgewahrsam (§ 18 Abs. 1 Nr. 3 NPOG)
 - aa) Tatbestandsvoraussetzungen
 - e) Sonderform: Verbringungsgewahrsam
 - aa) Rechtsfolge
 - bb) Funktionelle Zuständigkeit
 - cc) Besondere Form- und Verfahrensvorschriften
 - dd) Adressat/Betroffener
 - f) Vollzugssicherungsgewahrsam (§ 18 Abs. 2 NPOG)
 - aa) Tatbestandsvoraussetzungen
 - bb) Rechtsfolge
 - cc) Funktionelle Zuständigkeit
 - dd) Besondere Form- und Verfahrensvorschriften
 - ee) Adressat/Betroffener

- g) Zuführungsgewahrsam (§ 18 Abs. 3 NPOG)
 - aa) Tatbestandsvoraussetzungen
 - bb) Rechtsfolge
 - cc) Funktionelle Zuständigkeit
 - dd) Besondere Form- und
Verfahrensvorschriften
 - ee) Adressat/Betroffener

XIV. Vorläufige Festnahme (§ 127 StPO)

1. Allgemeines
2. Betroffene Grundrechte
3. Vorläufige Festnahme (§ 127 Abs. 2, 112, 112a StPO)
 - a) Wichtige Normen
 - b) Allgemeines
 - c) Materielle Rechtmäßigkeit
 - aa) Tatbestandsvoraussetzungen
 - bb) Rechtsfolge
 - cc) Ermächtigungsbegrenzende
Bestimmungen
 - dd) Funktionelle Zuständigkeit
 - ee) Besondere Form- und
Verfahrensvorschriften
 - ff) Adressat/Betroffener
 - d) Sicherheitsleistung (§§ 127a oder 132 StPO)
 - aa) Freilassung gegen Sicherheit (§ 127a
StPO)
 - bb) Sicherheitsleistung (§ 132 StPO)
 - e) Klausurtaktik
4. Vorläufige Festnahme durch Jedermann (§ 127 Abs. 1 StPO)
 - a) Wichtige Normen
 - b) Allgemeines
 - c) Materielle Rechtmäßigkeit
 - aa) Tatbestandsvoraussetzungen
 - bb) Rechtsfolge
 - cc) Funktionelle Zuständigkeit

- dd) Besondere Form- und
Verfahrensvorschriften
- ee) Adressat/Betroffener
- d) Klausurtaktik
- 5. Vorläufige Festnahme zur Sicherung der
Hauptverhandlungshaft
 - a) Wichtige Normen
 - b) Allgemeines
 - c) Materielle Rechtmäßigkeit
 - aa) Tatbestandsvoraussetzungen
 - bb) Rechtsfolge
 - cc) Funktionelle Zuständigkeit
 - dd) Besondere Form- und
Verfahrensvorschriften
 - ee) Adressat/Betroffener
 - d) Klausurtaktik
- 6. Festnahme bei Störung von Amtshandlungen (§
164 StPO)
 - a) Wichtige Normen
 - b) Allgemeines
 - c) Materielle Rechtmäßigkeit
 - aa) Tatbestandsvoraussetzungen
 - bb) Rechtsfolge
 - cc) Funktionelle Zuständigkeit
 - dd) Besondere Form- und
Verfahrensvorschriften
 - ee) Adressat/Betroffener
 - d) Klausurtaktik

XV. Repressive Sicherstellung und Beschlagnahme (§ 94 StPO)

1. Allgemeines
2. Betroffene Grundrechte
3. Repressive Beschlagnahme (§ 94 Abs. 2 (iVm.
Abs. 1, § 98 Abs. 1 S. 1) StPO)
 - a) Wichtige Normen
 - b) Allgemeines

- c) Materielle Rechtmäßigkeit
 - aa) Ermächtigungsgrundlage
 - bb) Tatbestandsvoraussetzungen
 - cc) Rechtsfolge
 - dd) Ermächtigungsbegrenzung durch Beschlagnahmeverbote
 - ee) Adressat/Betroffener
 - d) Formelle Rechtmäßigkeit
 - aa) Funktionelle Zuständigkeit
 - bb) Form- und Verfahrensvorschriften
 - e) Klausurtaktik
4. Exkurs: Beschlagnahme von Zufallsfunden (§ 108 StPO)

XVI. Präventive Sicherstellung und ihre Folgen (§ 26 ff. NPOG)

1. Allgemeines
 - a) Begriffsbestimmung
 - b) Exkurs: Umsetzung von PKW und Abschleppfälle
 - c) Folgemaßnahmen
2. Betroffene Grundrechte
3. Sicherstellung, § 26 NPOG
 - a) Wichtige Normen
 - b) Allgemeines
 - c) Materielle Rechtmäßigkeit
 - aa) Tatbestandsvoraussetzungen
 - bb) Rechtsfolge
 - cc) Ermächtigungsbegrenzende Bestimmungen
 - d) Formelle Rechtmäßigkeit
 - aa) Funktionelle Zuständigkeit
 - bb) Besondere Form- und Verfahrensvorschriften
 - cc) Adressat/Betroffener
 - e) Klausurtaktik

XVII. Repressive körperliche Untersuchung (§§ 81a, 81c StPO)

1. Körperliche Untersuchung im Strafverfahren
 - a) Körperliche Untersuchung
 - b) Körperlicher Eingriff
2. Betroffene Grundrechte
3. Körperliche Untersuchung des Beschuldigten (§ 81a StPO)
 - a) Wichtige Normen
 - b) Allgemeines
 - c) Materielle Rechtmäßigkeit
 - aa) Ermächtigungsgrundlage
 - bb) Tatbestandsvoraussetzungen
 - cc) Rechtsfolge
 - dd) Verhältnismäßigkeit
 - d) Formelle Rechtmäßigkeit
 - aa) Funktionelle Zuständigkeit
 - bb) Besondere Form- und Verfahrensvorschriften
 - e) Klausurtaktik
4. Körperliche Untersuchung anderer Personen (§ 81c StPO)
 - a) Wichtige Normen
 - b) Allgemeines
 - c) Betroffene Grundrechte
 - d) Materielle Rechtmäßigkeit
 - aa) Ermächtigungsgrundlage
 - bb) Tatbestandsvoraussetzungen
 - cc) Rechtsfolge
 - e) Formelle Rechtmäßigkeit
 - aa) Funktionelle Zuständigkeit
 - bb) Besondere Form- und Verfahrensvorschriften
 - f) Klausurtaktik
5. Exkurs: Molekulargenetische Untersuchung (§ 81e StPO)

XVIII. Präventive körperliche Untersuchung (§ 22 Abs. 4 NPOG)

1. Körperliche Untersuchung zur Gefahrenabwehr (§ 22 Abs. 4 NPOG)

- a) Wichtige Normen
- b) Allgemeines
- c) Betroffene Grundrechte
- d) Materielle Rechtmäßigkeit
 - aa) Tatbestandsvoraussetzungen
 - bb) Rechtsfolge
- e) Formelle Rechtmäßigkeit
 - aa) Funktionelle Zuständigkeit
 - bb) Besondere Form- und Verfahrensvorschriften
 - cc) Verwaltungshandeln
 - dd) Adressat
 - ee) Klausurtaktik

2. Exkurs: Molekulargenetische Untersuchung zur Identitätsfeststellung (§ 15a NPOG)

XIX. Datenerhebungsgeneralklausel (§ 31 NPOG) und Grundsätze (§ 30 NPOG)

- 1. Datenerhebung und -verarbeitung im NPOG
- 2. Allgemeines Datenschutzrecht
 - a) Personenbezogene Daten (§ 24 Nr. 1 NDSG)
 - b) Datenverarbeitung (§ 24 Nr. 2 NDSG)
- 3. Grundsätze der Datenerhebung (§ 30 NPOG)
 - a) Direkterhebungsgrundsatz (§ 30 Abs. 1 S. 1 NPOG)
 - b) Hinweispflicht (§ 30 Abs. 1 S. 3 NPOG)
 - c) Grundsatz der offenen Datenerhebung (§ 30 Abs. 2 S. 1 NPOG)
- 4. Datenerhebungsgeneralklausel (§ 31 NPOG)
 - a) Wichtige Normen
 - b) Allgemeines
 - c) Betroffene Grundrechte
 - d) Materielle Rechtmäßigkeit

- aa) Tatbestandsvoraussetzungen
- bb) Rechtsfolge
- cc) Ermächtigungsbegrenzende Bestimmungen
- dd) Adressat
- e) Formelle Rechtmäßigkeit
 - aa) Funktionelle Zuständigkeit
 - bb) Verwaltungshandeln

XX. Exkurs: Datenabgleich

1. Präventiver Datenabgleich (§ 45 NPOG)
2. Repressiver Datenabgleich (§ 98c StPO)

Teil 6 Zwang

I. Allgemeines

1. Zwang im Gefahrenabwehrrecht
 - a) Gestrecktes Verfahren (§ 64 Abs. 1 NPOG)
 - b) Sofortvollzug (§ 64 Abs. 2 NPOG)
2. Zwang im Recht der Strafverfolgung
3. Zwangsmittel und ihre Funktion
4. Zwangsmaßnahmen in der Klausur
 - a) Zwang zur Gefahrenabwehr (Varianten 1 und 2)
 - aa) Variante 1: Gestrecktes Verfahren
 - bb) Variante 2: Sofortvollzug
 - b) Zwang zur Durchsetzung einer strafprozessualen Maßnahme (Variante 3)

II. Zwangsanzwendung zur Gefahrenabwehr (§ 64 ff. NPOG)

1. Zwangsanzwendung im gestreckten Verfahren (§ 64 Abs. 1 NPOG)
 - a) Wichtige Normen
 - b) Allgemeines
 - c) Betroffene Grundrechte
 - d) Materielle Rechtmäßigkeit
 - aa) Ermächtigungsgrundlage
 - bb) Tatbestandsvoraussetzungen
 - cc) Rechtsfolge

- dd) Befugnis zur Verwendung des konkreten Zwangsmittels
- ee) Art und Weise der Zwangsanwendung (§§ 72-79 NPOG)
- ff) Adressat
- gg) Ermessen
- hh) Verhältnismäßigkeit
- e) Formelle Rechtmäßigkeit
 - aa) Örtliche und sachliche Zuständigkeit (§ 64 Abs. 3 NPOG)
 - bb) Funktionelle Zuständigkeit
 - cc) Besondere Form- und Verfahrensvorschriften

2. Zwangsanwendung im Sofortvollzug (§ 64 Abs. 2 Nr. 1 NPOG)

- a) Wichtige Normen
- b) Allgemeines
- c) Betroffene Grundrechte
- d) Materielle Rechtmäßigkeit
 - aa) Ermächtigungsgrundlage
 - bb) Tatbestandsvoraussetzungen
 - cc) Rechtsfolge
 - dd) Adressat
 - ee) Ermessen
 - ff) Verhältnismäßigkeit
- e) Formelle Rechtmäßigkeit
 - aa) Örtliche und sachliche Zuständigkeit (§ 64 Abs. 3 NPOG)
 - bb) Funktionelle Zuständigkeit
 - cc) Besondere Form- und Verfahrensvorschriften

III. Zwangsanwendung im Strafverfahren

IV. Art und Weise der Zwangsanwendung

1. Androhung (§§ 70, 74 NPOG)
2. Fesselung (§ 75 NPOG)
3. Schusswaffengebrauch (§§ 76-78 NPOG)